

Seite: 6
 Ressort: Aus dem Maximilianeum

Mediengattung: Wochenzeitung
 Auflage: 17.996 (gedruckt)¹ 16.132 (verkauft)¹
 17.056 (verbreitet)¹

¹ IVW 1/2012

Bäume, Luftreiniger, Polizeikontrollen

CSU träumt von der digitalen Schule
 Volker Bauer (CSU) träumt von einer digitalen Bildungspolitik, in der statt vieler Bücher einfach nur ein Tablet mit in die Schule genommen wird, in der es Unterricht in Präsenz als auch über Distanz gibt und in der Schulen die Kosten für die Digitalisierung nicht alleine stemmen müssen. Und in der sich Lehrkräfte nicht mehr um die Technik und deren Wartung kümmern müssen, sondern sich auf das Vermitteln von Wissen und Kenntnissen konzentrieren können. Bauer fragte bei der Staatsregierung nach, wie weit dieser Traum noch von der Realität entfernt ist.

Das Kultusministerium schreibt, bis Herbst haben 373 Schulaufwandsträger insgesamt 381 Förderanträge im DigitalPakt Schule gestellt und Gelder in Höhe von insgesamt 45,7 Millionen Euro beantragt. „217 dieser Anträge haben die zuständigen Regierungen nach Prüfung bereits bewilligt und damit ein Finanzvolumen in Höhe von insgesamt 19,7 Millionen Euro durch Bescheide gebunden“, heißt es in der Antwort.

Damit die kommunalen Schulaufwandsträger öffentlicher Schulen und die Träger staatlich anerkannter sowie genehmigter Ersatzschulen digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler kaufen und die Schul-IT verbessern können, gibt es laut dem Ressort von Kultusminister Michael Piazzolo (FW) „hochdotierte Förderprogramme“. Bis Ende 2024 stünden inzwischen insgesamt eine Milliarde Euro an Finanzhilfen des Bundes sowie 339 Millionen Euro Landesmittel zur Verfügung.

Um die Wartung sollen sich künftig IT-Administrationen kümmern. Damit der Ausbau der technischen IT-Administrationen gefördert werden, sollen ebenfalls bis 2024 die dafür vom Bund in der Erweiterung des DigitalPakts Schule bereitgestellten Fördermittel in Höhe von 77,8 Millionen Euro aus Landesmitteln auf 155,6 Millionen Euro verdoppelt werden, ab 2025 ist eine hälftige Beteiligung an den Kosten für Wartung und Pflege durch den Freistaat beabsich-

tigt.

Damit Homeschooling funktioniert, wurde laut Ministerium auf dem Schul-Digitalisierungsgipfel im Juli beschlossen, eine BayernCloud-Schule zu entwickeln und ein cloudbasiertes Softwarepaket für alle Schulen bereitzustellen. Eine zentral verwaltete Virtual Desktop Infrastructure lehnt das Haus von Kultusminister Piazzolo ab, weil es den unterschiedlichen Schulgrößen, Schulprofilen und heterogenen regionalen Standortfaktoren nicht gerecht werde. CSU-Mann Bauer versteht nicht, warum „digitale Inseln“ statt landesweit einheitlicher Konzepte geschaffen werden.

Weniger Polizeikontrollen als bei erster Corona-Welle

Seit Beginn der Corona-Krise wurden in Bayern bis 30. November 84 463 Anzeigen wegen Verstößen gegen das Infektionsschutzgesetz gezählt, knapp 40 Prozent davon fielen auf den Monat April. Markus Rinderspacher (SPD) wollte jetzt von der Staatsregierung wissen, wie viele Kontrollen es in der zweiten Welle gab.

Das Innenministerium antwortet, im November seien bayernweit 235 438 Kontrollen gültiger Beschränkungen bei Maskenpflicht, Kontakteinschränkungen, Versammlungen, in der Gastronomie oder in Ladengeschäften durchgeführt worden, im Oktober waren es 173 154. Im Vergleich dazu wurden im April 737 517 und im Mai 418 468 Kontrollen durchgeführt.

„Höhere Infektionszahlen und mehr Todesfälle als bei der ersten Welle – aber deutlich weniger Kontrollen im öffentlichen Raum, das gibt keinen Sinn“, kritisiert Rinderspacher. Staatliche Regelungen seien nur wirksam, wenn sie nachhaltig kontrolliert und effektiv durchgesetzt würden. Der Abgeordnete ist überzeugt: „Die hinreichende Überwachung der Bestimmungen dient der Eindämmung des Infektionsgeschehens.“

Erst eine von 30 Millionen Bäumen gepflanzt

Die Süddeutsche Zeitung veröffent-

lichte am 10. Juli 2019 einen Artikel unter der Überschrift „Söder will 30 Millionen Bäume pflanzen“. Darin wird berichtet, dass Ministerpräsident Markus Söder (CSU) einen Beitrag zum Klimaschutz leisten möchte, indem 30 Millionen Bäume in den fünf darauffolgenden Jahren in Bayern gepflanzt werden sollen. „Gut ein Jahr nach der Ankündigung des 30-Millionen-Bäume-Programms berichtete die Zeitung, dass laut der Erklärung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kein einziger Baum gepflanzt worden ist“, sagt Ferdinand Mang (AfD). Er fragte aus diesem Grund bei der Staatsregierung nach, ob das stimmt.

Das Landwirtschaftsministerium antwortet, dass bei Söders Ankündigung kein detaillierter Ablaufplan existierte. „Zunächst musste die beihilferechtliche Prüfung und Genehmigung des Programms durch die EU-Kommission abgewartet werden, um kein unnötiges Risiko für den Steuerzahler einzugehen“, heißt es aus dem Haus von Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU). Als diese dann im Sommer vorlag, habe man witterungsbedingt nicht pflanzen können – die Pflanzen wären sonst vertrocknet. Pünktlich zu Beginn der Pflanzzeit im Herbst seien die Pflanzaktionen aber gestartet. Insgesamt sollten bis Ende 2020 eine Million Bäume gepflanzt worden sein. Wie es in den nächsten Jahren weitergehe, könne aus „fachlichen“ Gründen nicht gesagt werden. Die Kosten liegen bis 2024 bei fünf Millionen Euro pro Jahr.

Kaum Luftreiniger in den Klassenzimmern

„Gute Luft in Kitas und Schulen verbessert nicht nur Wohlbefinden und Lernqualität, sie ist in Corona-Zeiten auch ein wichtiger Gesundheitsfaktor“, ist Ursula Sowa (Grüne) überzeugt. Sie fragte daher, wie die Staatsregierung insbesondere in Schulen mit raumlufttechnischen Anlagen helfen will, die Luftqualität nachhaltig zu verbessern. Nach Angaben des Kultusministeriums

wurden mit Stand vom 10. Dezember bisher kaum Fördermittel für mobile Luftreinigungsgeräte und CO2-Sensoren abgerufen. Obwohl es in Bayern mehr als 74 000 Klassen gibt, wurden beispielsweise nur für 1579 Räume Anträge zur Förderung mobiler Luftreinigungsgeräte gestellt. „Das Antragsvolumen umfasst – vorbehaltlich der jeweiligen Prüfung von Förderfähigkeit und Förderhöchstbetrag – rund 8,5 Millionen Euro und damit rund 23 Prozent der für den Schulbereich aktuell zur Verfügung stehenden Mittel“, heißt es in der Antwort des Hauses von Kultusminister Michael Piazolo (Freie Wähler). „Das geringe Interesse ist nicht verwunderlich“, sagt die Grünen-Abgeordnete Sowa. „Warum sollten die Schulen auf teure, schwer zu bekommende mobile Raumluftfilter setzen, die zwar die Virenlast, nicht aber die CO2-Konzentration senken?“ Zudem werde nur die Anschaffung gefördert, während die Schulaufwandsträger, also die Kommu-

nen, auf den Wartungskosten sitzen bleiben. Sie verlangt, das Förderprogramm zur Anschaffung mobiler Luftreinigungsgeräte um ein Förderprogramm für die Aus- und Nachrüstung von Schulen und Kitas mit raumluftechnischen Anlagen, die auch den CO2-Wert reduzieren, zu ergänzen.

Studierendenhilfe: Jeder vierte Antrag wird abgelehnt

Erst Monate nach Beginn der Corona-Krise wurde im Bund ein Hilfsprogramm für Studierende aufgelegt. Laut Bundesregierung wurden in Bayern 2017 der insgesamt 9845 im Juni 2020 gestellten Anträge auf die Zuschüsse der Studierendenwerke abgelehnt – das ist gut jeder fünfte Antrag. „In anderen Bundesländern, wie beispielsweise in Bremen, lag die Ablehnungsquote im Vergleichszeitraum mit lediglich rund 6,5 Prozent deutlich darunter“, schreibt Wolfgang Heubisch (FDP). Er fragte, ob die Staatsregierung der Auffassung sei, dass eine Ablehnungsquote von gut 20

Prozent übermäßig hoch ist?

Das Wissenschaftsministerium antwortete, dass das Studierendenwerk Bayern bisher insgesamt 19 194 Anträge auf Zuschüsse bewilligt hat. Im Schnitt seien pro Monat und Studierenden 427 Euro gezahlt worden, 7961 Anträge seien abgelehnt worden – das entspricht einer Ablehnungsquote von 24,1 Prozent.

„Die Zahl belegt, dass die Ablehnungsquote in Bayern deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt“, heißt es aus dem Haus von Wissenschaftsminister Bernd Sibler (CSU). In Deutschland ergibt sich über den gesamten Zeitraum insgesamt eine durchschnittliche Ablehnungsquote von 30,4 Prozent. Da die Förderung ausschließlich durch Bundesmittel finanziert wurde, habe der Freistaat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Vergabebedingungen des Programms nehmen können. > David Lohmann

Abbildung:

Geografieunterricht am Notebook. foto: dpa/Marijan Murat / Erst 1579 Klassen in Bayern haben einen Luftreiniger. Foto: dpa/Gateau / Ministerpräsident Söder plant ein 30-Millionen-Bäume-Programm. dpa/Pleul / Studierende bekommen selten finanzielle Unterstützung. dpa/Pförtner /

Wörter:

1126

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Verlag Bayerische Staatszeitung, München